

Spielraum begrenzt

Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“

Freiburg. In ihrer vierten und letzten Sitzung zog die Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ am Montag, 29. April, unter dem Vorsitz von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer ein Resümee ihrer Arbeit und man einigte sich dabei auf eine grundsätzliche Bewertung der Verkehrssituation.

In einer Pressemitteilung erläutert das Regierungspräsidium Freiburg das Ergebnis: „Die Projektgruppe ist der Auffassung, dass die mit verkehrsrechtlichen Mitteln erzielbaren Entlastungen begrenzt und die Spielräume mit den bisherigen Maßnahmen weitgehend ausgeschöpft sind. Denn die Verkehrslenkung erfolgt inzwischen großräumig auf der A 5 von Norden her ab der Anschlussstelle Riegel über die Ausfahrt Bad Krozingen Richtung Breisach/Colmar. Die Untersuchung der Verkehrsbeziehungen und -verflechtungen mit Erfassung des Schwerverkehrs im Untersuchungsgebiet durch das Büro Fichtner ergab, dass der Durchgangsverkehr, insbesondere der Schwerverkehr, bereits überwiegend die dafür gedachten Strecken der B 31 und der B 31a bei Umkirch nutzt und nur in sehr geringem Maß auch auf der L 114 und L 115 unterwegs ist. Der Verkehr in den Ortsdurchfahrten im Untersuchungsraum besteht daher im Wesentlichen aus Binnen-, Ziel- und Quellverkehr. Zeitnah zur Freigabe des ersten Bauabschnitts der B 31 West hatte das Landratsamt für die Ortsdurchfahrten Gottenheim, Wasenweiler und Ihringen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 beziehungsweise 40 km/h angeordnet. Eine flächendeckende Anordnung von Tempo 30 für alle Ortschaften im Untersuchungsraum werde unabhängig von ihrer rechtlichen Zulässigkeit schon allein wegen der Verlagerung des Verkehrs in andere, für die Aufnahme des Verkehrs nicht geeignete Bereiche mit Ortsdurchfahrten verworfen. Auch

die Anordnung eines flächendeckenden Durchfahrtsverbots für schwere LKW ab 12 Tonnen sei wegen des vergleichsweise geringen Anteils am Durchgangsverkehr, der umweltschädlichen Verlängerung der Fahrwege sowie aufgrund des Fehlens geeigneter Alternativrouten für den Binnen-, Ziel- und Quellschwerverkehr nicht sinnvoll.

Ungeachtet dessen wurden an die Projektgruppe in den zurückliegenden Monaten auch punktuelle Maßnahmvorschläge in den Ortsdurchfahrten herangetragen, die diese bereits geprüft oder zur Prüfung an die fachliche Ebene überwiesen hat. Nach Auffassung der Projektgruppe kann die Frage des Anschlusses des bestehenden Streckenabschnitts der B 31 West an das vorhandene Straßennetz erst dann beantwortet werden, wenn über die Frage des Weiterbaus der B 31 West entschieden ist. Für die planungsrechtliche Zulässigkeit eines Anschlusses bei Gottenheim als auch alternativ bei Bötzingen ist die Frage des Weiterbaus von wesentlicher Bedeutung, denn das Planungsziel hat erheblichen Einfluss auf die Abwägung des Für und Wider“, so die Mitteilung im Wortlaut.

Bärbel Schäfer erinnerte in dieser letzten Projektgruppensitzung an den Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur: Ursprüngliches Ziel sei ein Verkehrslenkungskonzept gewesen, um den überregionalen und Durchgangsverkehr in Richtung Breisach und nach Frankreich, insbesondere den Schwerverkehr zur Entlastung der Ortsdurchfahrten möglichst lange auf der Autobahn zu halten und über die anbaufreie B 31 zu führen. Schäfer dankte den Projektgruppenmitgliedern für ihre offene Mitwirkung. Das Regierungspräsidium werde die Ergebnisse der Projektgruppenarbeit dokumentieren und an das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur weiter leiten. (RK)